

<http://www.derwesten.de/politik/stopft-die-nrw-regierung-finanzloecher-mit-fluechtlingshilfe-id10135003.html>

Flüchtlinge

Stopft die NRW-Regierung Finanzlöcher mit Flüchtlingshilfe?

11.12.2014 | 17:18 Uhr



Der Bund überweist dem Land Geld, um unter anderem Flüchtlingsunterkünfte zu unterhalten. Das Land hält Geld zurück.

Foto: Birgit Reichert

Nach Angaben der Opposition hat die Landesregierung 54 Millionen Euro an Bundesmitteln kassiert, die eigentlich für die Kommunen bestimmt waren.

Im Streit über die Kosten für Flüchtlinge hat die Opposition der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen vorgeworfen, den Kommunen 54 Millionen Euro Bundesmittel vorzuenthalten, um Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. „Sie haben klebrige Finger“, klagte CDU-Fraktionsvize Andre Kuper im Innenausschuss des Landtags. Von jeweils 108 Millionen Euro Flüchtlingshilfe des Bundes für die Jahre 2015/16 erhalten die Kommunen nur 54 Millionen Euro vom Land.

Auch die Kommunalen Spitzenverbände kritisierten, dass das Land mit dem Geld teilweise eigene Zusagen vom nordrhein-westfälischen Flüchtlingsgipfel finanziert.

CDU: Rot-Grün rechnet die Flüchtlingszahlen künstlich klein

Kuper rechnete vor, dass neben den für 2014 erwarteten 37 000 Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen weitere 30 000 abgelehnte Asylbewerber in Kommunen geduldet werden. Da Nordrhein-Westfalen an der Stichtagsregelung festhält, kalkuliert das Land die Hilfen nur auf der Basis von 28 000 Flüchtlingen. Bei der Stichtagsregelung werden die Zahlen von Ende 2013 zugrunde gelegt, obwohl die Städte in diesem Jahr deutlich mehr Flüchtlinge versorgen.

Die Folge: In Essen rechnet der Kämmerer für das kommende Jahr mit 34 Millionen Euro Kosten – bei gerade 5,5 Millionen Euro Landeshilfen. Der Hauptgeschäftsführer des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes, Bernd Jürgen Schneider, forderte deshalb gegenüber unserer Zeitung eine „hundertprozentige Kostenerstattung wie in anderen Bundesländern“.

SPD-Innenexperte Hans-Willi Körfges verteidigte die niedrigen Zuschüsse damit, dass die Hälfte des Bundesprogramms von 500-Millionen-Euro für 2014 als Kredit vergeben wird und innerhalb der nächsten 20 Jahre zurückgezahlt werden muss. Beim nordrhein-westfälischen Flüchtlingsgipfel im Oktober hatte das Land den Kommunen finanzielle Hilfen zugesagt. Im Ergebnis überweist das Land 2015 insgesamt 145 Millionen Euro an die Kommunen – davon allerdings 54 Millionen aus Bundesmitteln. „Frau Krafts großspurige Versprechen beim Flüchtlingsgipfel bezahlt Herr Schäuble“, kritisierte Kuper. Der Piraten-Abgeordnete Frank Herrmann bedauerte, dass das „Land eine Menge Verantwortung auf die Kommunen schiebt“.

Hohe Krankenkosten

Nach einem Treffen mit der nordrhein-westfälische Landesregierung zeigten sich die Kommunalen Spitzenverbände enttäuscht, dass Nordrhein-Westfalen die Bundesmittel für Flüchtlinge nicht wie erwartet zu 100 Prozent an die Städte weiterleitet. Grünen-Expertin Monika Düker sah aber den Bund stärker in der Pflicht, für hohe Krankenkosten von Flüchtlingen aufzukommen.

Wilfried Goebels